

Redebeitrag

Plenum, 23.09.2019

Dok. 25 (2019) Nr. 1-2 – Regierungserklärung

-Es gilt das gesprochene Wort-

Meine Damen und Herren,

eine neue Legislaturperiode startet –

Neu sind einige Mitglieder hier im Hause –

Alt ist die Regierung und die sie tragende angebliche Mehrheit –

Kein Wort haben wir in der vergangenen Woche gehört zum Ausgang der Wahlen im Mai dieses Jahrs, kein Wort der Erklärung, der Analyse, kein Wort über die unpassende vom Wähler nicht gewollte Personalwahl –

Im Gegenteil, Herr Paasch hatte sogar die Unverfrorenheit zu sagen, ja indirekt zu behaupten, dass zum ersten Mal in der Geschichte der DG nach einer Wahl alle ausgeschiedenen Minister bestätigt wurden –

Ja, von wem denn?

Vom Wähler bestimmt nicht.

Und Herr Paasch hat letzte Woche einige interessante Sätze gesagt, welche im krassen Widerspruch zum Ausgang der Wahlen stehen:

Er sagte (Zitat): „Allen Bürgerinnen und Bürgern wollen wir hiermit in aller Deutlichkeit vermitteln: Ihre Meinung ist uns wichtig! Ihre Meinung zählt!“

Meine Damen und Herren,

wenn man sich das Ergebnis der Wahlen genau anschaut, dann ist solch ein Satz, ein blanker Hohn.

Die Oppositionsparteien haben mehr Stimmen erhalten als die Regierungsparteien – alle Oppositionsparteien waren für die Fusion der Ämter des Senators und des PDG Präsidenten –

Und was wurde gemacht. Man hat auch noch die großen Wahlverlierer auf diese Ämter gehievt.

Eine Unverschämtheit gegenüber den Wählern.

Herr Paasch, sie haben Verlierer befördert – und sie werden hierfür die Quittung bekommen.

Und wenn Sie von den Gefahren der Populisten sprechen, dann sollten sie zuerst einmal bei sich selbst anfangen.

Denn dieser Klüngel führt genau dazu, dass die Menschen da draußen, immer unzufriedener mit den politisch Verantwortlichen werden.

Ansatzweise haben Sie aber erkannt, dass sie Umdenken müssen –

Und somit ist auch die Handschrift der Vivant-Fraktion in Ihrer Regierungserklärung wiederzufinden.

Und man spürt, dass die Angst Ihnen im Nacken sitzt.

Sie wissen, dass wir als Wahlsieger mit unseren Themen wie Bürokratieabbau – Effizienzsteigerung in der Verwaltung – Mehr direkte Demokratie – sehr nah an der Bevölkerung sind.

In unserem persönlichen Gespräch vor einigen Wochen, habe ich Ihnen deutlich gesagt, dass zu allererst eine Regierung dem Volke gegenüber verpflichtet ist.

Aber wie sieht das diese Mehrheit?

Wie geht diese Regierung mit der Meinung der Bürger um?

Und was geschah nach den Wahlen?

Dies ist kein Schnee von gestern, im Gegenteil –

Immer wieder sind und werden wir immer noch von Bürgern angesprochen, welche uns ihren Unmut über die Personalentscheidungen dieser Mehrheit mitteilen –

Nur alle fünf Jahre hat der Bürger die Möglichkeit seine Stimme abzugeben, umso wichtiger ist es, dass die Verantwortlichen sich seriös damit auseinandersetzen –

Auch weil Herr Paasch so gerne zu verstehen gibt, dass er die Sorgen und Ängste der Bürger ernst nimmt.

Schauen wir uns hierzu die Ergebnisse der Wahlen mal etwas genauer an:

Fraktion im PDG V.o.G.

Abgesehen von Herrn Paasch und Herrn Antoniadis, haben die beiden anderen Minister bzw. die Ministerin Stimmenverluste zu verzeichnen.

Herr Mollers sogar erhebliche, fast minus zwanzig Prozent hat er an Vorzugstimmen eingebüßt und dies trotz Ministerbonus.

Hier davon zu sprechen, so wie sie es letzte Woche getan haben, dass alle Minister bestätigt wurden, ist ein blanker Hohn am Wähler.

Bei Frau Weykmans war es nicht ganz so schlimm, etwas mehr als minus vier Prozent an Vorzugstimmen.

Aber die PFF wurde deutlich als Regierungspartei abgestraft, mit dem schlechtesten Ergebnis der Parteigeschichte, sie hat einen Sitz verloren, und auch nur knapp den dritten Sitz bekommen.

Bei den weiteren Amtsträgern sieht es ähnlich schlimm aus.

Der ehemalige Parlamentspräsident und aktuelle Senator, Alexander Miesen, hat mehr als 18 Prozent Vorzugstimmen verloren und trotz dieser Wahlschlappe wurde er als Senator von dieser Mehrheit gewählt.

Der ehemalige Senator und aktuelle Parlamentspräsident, Karl-Heinz Lambertz, hat sage und schreibe 68,90 Prozent der Vorzugstimmen eingebüßt –

Gehört damit zu den großen Verlierern dieser Wahl und wurde trotzdem von dieser Mehrheit zum Parlamentspräsidenten bestimmt.

Aber kann man überhaupt von einer Mehrheit hier im Hause sprechen.

Oberflächlich betrachtet und dies ist die allgemeine Vorgehensweise der

drei Regierungsparteien, ja, die drei Parteien haben 13 Sitze.

Aber wenn man die direkten Wählerstimmen berücksichtigt, dann haben die Oppositionsparteien, CSP, Ecolo und Vivant mehr Stimmen erhalten.

358 Bürgerinnen und Bürger haben uns, uns als Opposition mehr gewählt als die Regierungsparteien.

Und der große Wahlsieger war nicht die ProDG, welche als einzige Regierungspartei leicht zugelegt hat – sondern Vivant.

Fraktion im PDG V.o.G.

Wir haben nicht nur das beste Ergebnis unserer Parteigeschichte in der DG erhalten, sondern sind sogar in drei Gemeinden die stärkste Kraft geworden und dies durch unsere sachlich fundierte Arbeit in den letzten Jahren hier im Hause, unsere guten Ideen, welche jetzt ja auch im Regierungsprogramm zu finden sind und weil die Menschen da draußen etwas anderes wollen.

Die Regierung aus ProDG, SP und PFF wurde vom Wähler abgestraft.

Gegenüber 2014 haben diese Parteien 4 Prozent Stimmen verloren.

Im gleichen Zeitraum hat die Opposition um 16 Prozent zugelegt.

Auch wichtig zu erwähnen, es hat weitaus weniger Weiß- und Nichtwähler gegeben als in der Vergangenheit –

Es gibt also keine Politikverdrossenheit, sondern eine Politikerverdrossenheit –

Inhaltlich zum Regierungsprogramm, kann man von einer Mischung aus den Programmen der Oppositionsparteien und von der üblichen Selbstbeweihräucherung sprechen –

Herr Paasch fing letzte Woche damit an, dass wir den Mut zur Veränderung aufbringen müssen – wir müssen verändern um zu bewahren – sagte er.

Seit 15 Jahren ist diese Mehrheit ununterbrochen an der Macht –

Die SP ununterbrochen seit 29 Jahren –

Die PFF, bis auf eine Verschnaufpause von 5 Jahren, seit 1981 –

In dieser Zeit sind die Kosten der Verwaltung ständig angestiegen:

Nehmen wir als Vergleichszeitraum mal nur die letzte Legislaturperiode.

In diesem Zeitraum stieg der Haushalt des Parlamentes der DG um mehr als 40 Prozent an, auf mehr 7 Millionen Euro.

Im Ministerium dasselbe von 17 auf fast 23 Millionen Euro, also auch eine Steigerung um fast 40 Prozent.

Und die Regierung hat sich in diesem Zeitraum auch 25 Prozent mehr gegönnt!

Kollegen und Kolleginnen,

die Anzahl der Mitarbeiter im Ministerium hat sich seit dem Jahre 2000 mehr als verdoppelt!

Und dies hat nicht nur mit den neuen Zuständigkeiten zu tun.

Wo waren denn hier die Optimierungsprozesse?

Und Sie vergessen eins: Wir sind auf Biegen und Brechen auf einen finanziell gesunden Föderalstaat angewiesen und durch die Forderungen aller Gemeinschaften nach immer mehr, tragen alle Beteiligten eine Mitschuld.

Wir dürfen nicht nur uns selbst sehen, aber das tun Sie.

Jetzt plötzlich, nach dieser Wahl, und dem Wahlsieg von Vivant kommt die Regierung zur Erkenntnis eine Taskforce zum Bürokratieabbau einzusetzen.

Sowie ein externes Audit in Auftrag zu geben um die Arbeitsabläufe der Dienste der DG kritisch zu hinterfragen.

Da sind wir mal gespannt –

Die Regierung will also vom Saulus zum Paulus werden.

Hatte die Regierung vielleicht ein Damaskuserlebnis am Wahlabend, als der Wahlsieg von Vivant deutlich wurde?

Ich glaube nicht, sonst hätte man nicht diese Ämterbesetzungen vorgenommen. Denn das war ein grober Fehler und das wissen Sie.

Meine Damen und Herren,

seit 10 Jahren, sprechen wir hier im Hause genau dieses Thema an.

In zahlreichen Fragen an die Regierung haben wir genau auf diese Missstände hingewiesen – und ihr Handeln hinterfragt.

Und meistens erhielten wir in einem ziemlich arroganten Ton, ausweichende Antworten.

Immer wieder haben wir gemahnt und Optimierungsprozesse gefordert, anstatt neue Leute einzustellen.

Aber genau das Gegenteil geschah.

Fraktion im PDG V.o.G.

Meine Damen und Herren,

man macht aus einem Wolf, keinen Vegetarier –

Und genauso wenig, kann man von diesen seit Jahrzehnten an der Macht sich befindlichen Personen erwarten, dass an ihrem politischen Stil sich etwas ändern wird – man kann nur hoffen, dass ein Damaskuserlebnis eintritt.

Und nicht durch schöne Reden oder Absichtserklärungen wird der Wolf, vom Schaf ablassen, und sich mit dem Salat begnügen –

Nein, es geht um die Haltung hinter solchen Absichtserklärungen.

Und die Frage ist: Geht es hier darum die Opposition und Teile der Bevölkerung zu besänftigen oder ist Ihnen dies seriös gemeint?

Selbst Mitarbeiter vom Ministerium äußern ihren Unmut über Personalentscheidungen dieser Regierung.

Es motiviert nicht unbedingt, wenn Erlasse außer Kraft gesetzt werden, um von der Regierung gewollte Personen auf Posten zu hieven.

Aber, wie sagt man so schön, die Hoffnung stirbt zuletzt.

Wir werden genau hinschauen und Ihre Absichtserklärungen zum Bürokratieabbau und zu den Optimierungsprozessen in der Verwaltung prüfen –

Und als allererstes denke ich sollten sie hier im Hause im Ausschuss dem Parlament ihre diesbezügliche Vorgehensweise genauestens erläutern.

In der nächsten Ausschuss-1-Sitzung werde ich diesen Vorschlag meinen Kollegen unterbreiten und hoffe auf eine breite Unterstützung aller Fraktionen.

Meine Damen und Herren,

ein Thema hier im Hause, ist immer wieder die Beschäftigung bzw. der Facharbeitermangel, dies wurde ja auch letzte Woche angesprochen.

Und hier gibt es seitens der Regierung erhebliche Defizite.

Schauen wir uns hierzu die Arbeitsmarktzahlen mal etwas genauer an.

Herr Paasch, hob hervor, dass die DG die niedrigste Arbeitslosigkeit in Belgien hat.

Das stimmt aktuell.

Fraktion im PDG V.o.G.

Nur was er verschweigt ist, dass ein Großteil der Arbeitslosen oder Arbeitssuchenden seit mehr als einem Jahr arbeitslos sind.

Aktuell sind es mehr als 1.100 Personen in unserer kleinen DG, welche seit mehr als einem Jahr keinen Job haben.

Als Regierung würde mir dies großen Sorgen machen bzw. ich würde mich fragen, was falsch gelaufen ist.

Im Dezember 2018 waren mehr als 20 Prozent der Arbeitslosen mehr als 5 Jahre arbeitslos. Aktuell sind mehr als 440 Menschen seit mehr als 5 Jahren hier in der DG arbeitslos.

Meine Damen und Herren,

die Zahlen zeigen deutlich, dass hier etwas schief läuft.

Es kann doch nicht sein, dass auf der anderen Seite fast 90 Prozent der Betriebe beklagen, dass sie kein geeignetes Personal finden und auf der anderen Seite fast die Hälfte der Arbeitslosen seit mehr als einem Jahr keinen Job haben.

Seit dem Jahre 2000, also seit 19 Jahren, ist die DG zuständig für das Arbeitsamt. Und die Anzahl der Langzeitarbeitslosen ist über Jahre hinweg sehr hoch. Beispiele aus dem Ausland, zeigen Alternativen auf.

Ich habe vor Jahren bereits von dem „dänischen Modell“ gesprochen. Welches auf fördern und fordern beruht.

Solche Modelle kann man nicht einfach übernehmen, aber man kann sich inspirieren lassen, und zumindest in den Zuständigkeiten, in welchen die DG Verantwortung trägt, das bestmögliche tun.

Hier sind die Regierung und das Arbeitsamt gemeinsam gefordert.

Denn auch sozial gesehen, ist dies einfach ungesund.

Menschen welche seit Jahren arbeitslos sind, fallen sehr leicht in eine Depression und geben sich dann irgendwann auf.

Das darf in einer Sozialgesellschaft nicht passieren.

Jedes Mitglied einer Gemeinschaft sollte seinen Beitrag nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten zum Wohle aller leisten.

Sonst funktioniert eine Sozialgemeinschaft nicht.

Fraktion im PDG V.o.G.

Und die DG hat von der Schul- über die Berufsausbildung bis zum Arbeitsamt seit Jahren sämtliche Zuständigkeiten in einer Hand, also machen Sie was draus.

Und es müssen auch mal unbequeme Entscheidungen getroffen werden, und man muss sich von alten Verhaltensstrukturen abwenden.

Erfreulich ist zu hören, dass die Regierung einen Integrationsparcours PLUS auf den Weg bringen möchte. Denn auch ein Teil der Arbeitssuchenden haben einen Migrationshintergrund und sprachliche Barrieren sind oft ein Hindernis, um sich auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren.

Wir hatten vor knapp zwei Jahren, gemeinsam mit der CSP Fraktion, den Misstand angesprochen, dass beim ersten Integrationsparcours die Förderung der deutschen Sprache zu kurz kommt und dementsprechend gefordert, dass Sprachniveau zu erhöhen und entsprechend mehr Sprachkurse anzubieten.

Die Mehrheit hat dies bekanntlich abgelehnt.

Auch hier, in anderen Ländern, sieht diese Förderung ganz anders aus.

Und auch in Flandern wird von Anfang an ein höheres Sprachniveau gefordert.

Der Kernsatz in der Migrationspolitik sollte lauten:

„Wenn Du in Rom bist, benimm Dich wie die Römer.“

Und hierzu bedarf es einer Anstrengung von beiden Seiten und dies von Anfang an.

Wir werden auch hier genau hinschauen, ob die Regierung Wort hält und wie die Resultate aussehen.

Bezüglich der Familienzulagen, hob Herr Paasch hervor, dass die DG die einzige Gemeinschaft ist, welche mehr für das Kindergeld ausgibt, als sie vom Föderalstaat erhält.

Das stimmt nur bedingt. Und ist vielleicht eine Momentaufnahme.

Denn ab 2025 wird der Übergangsmechanismus pro Jahr um fast 1 Millionen Euro zurückgehen, und dies jedes Jahr, will heißen 2034 steht dieser bei null und dann hat die DG in diesem Bereich, wenn man ihn denn isoliert betrachtet, 9 Millionen Euro mehr zur Verfügung als heute.

Auch kommt der DG finanziell zu Gute, dass wir über eine hohe Anzahl von Grenzgängern verfügen, welche Kindergeld aus dem Ausland beziehen, bekanntlich ist das Kindergeld für

Fraktion im PDG V.o.G.

viele Grenzgänger aus dem Ausland vorteilhafter insbesondere für diejenigen, welche in Luxemburg arbeiten.

Und dies wirkt sich auch positiv auf die Kaufkraft hier vor Ort aus.

Die Regierung will die Finanzmittel in diesem Bereich erhöhen.

Das ist auch gut so.

Denn man darf nicht vergessen, dass die DG mit erheblichen finanziellen Mitteln seitens des Föderalstaats ausgestattet wird und die Mittel bei vernünftigem Umgang eigentlich vorhanden wären.

Und durch erhöhte Familienzulagen wird auch die Kaufkraft hier vor Ort gestärkt wird. Und hier habe ich etwas in der Regierungserklärung vermisst.

Sie sind zwar auf einige unsere Programmpunkte eingegangen, aber das Thema Kaufkraft stärken fehlte.

Erstens wäre hier ein Thema, der kostenlose Schülertransport –

Unser Vorschlag wird ja noch im Ausschuss diskutiert, aber wie man liest, will die neue Regierung der Wallonischen Region, ohnehin in diesem Bereich etwas machen – also abwarten.

Dann, regionale Wertgutscheine, könnte man im z.B. Dekret für Familienleistungen integrieren.

Eine Gemeinde in der DG wendet ein ähnliches System bereits bei ihren Prämien an.

Diese Gutscheine, zusätzlich, wohlgermerkt zusätzlich zum bestehenden Kindergeld, könnten dann auf dem gesamten Gebiet der DG eingelöst werden, was nicht nur die Kaufkraft stärken würde, sondern auch den hiesigen Einzelhandel oder die ansässigen Handwerker unterstützen würde.

Wir werden hierzu dem Parlament einen Vorschlag unterbreiten.

Sie hören meine Damen und Herren,

einige unserer Ideen wurden von der Regierung übernommen, andere werden wir noch ausarbeiten und Ihnen vorlegen.

Aber der Wahlausgang hat gezeigt, dass mehr denn je, die Menschen neue Gesichter und neue Ideen wollen und da hilft es nicht, wenn man einfach nur Programmpunkte der Opposition hervorbringt.

Fraktion im PDG V.o.G.

Die Haltung dahinter ist entscheidend.

Herr Paasch, diese Regierung steht auf wackligen Füßen und das wissen Sie.

Sie haben sich Verlierer mit ins Boot geholt und das ist gefährlich.

In stürmischen Zeiten braucht man eine starke Mannschaft, welche den notwendigen Rückhalt in der Bevölkerung hat und den ihr gegebenen Auftrag ausführt und dann das Schiff wieder wohlbehalten in den heimischen Hafen zurückbringt.

Diese Mehrheit hat nicht den nötigen Rückhalt in der Bevölkerung.

Wir sind jetzt wieder fünf Jahre in der Opposition und werden aus der Opposition heraus versuchen, so wie wir es immer getan haben, unser Möglichstes zu geben, zur Aufklärung über die Missstände und zur Verbesserung der Lebensmöglichkeiten der Bürger.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Balter

Vivant-Fraktion im PDG